

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1931

18.2.1931 (No. 41)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karlsröder-
Straße Nr. 14
Telefon Nr. 968
und 964
Postfach Nr. 2515

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
Chefredakteur
G. A. M. e. n. b.
Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3,25 RM. einschließlich Postgebühren. — Einzelnummer 10 Pf.; Samstag 15 Pf. — Anzeigenpreis: 14 Pf. für 1 mm Höhe und ein Quadrat Zentimeter. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifierter Anzeigen, die als Anzeigen gelten und bezogen werden können, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsröder-Str. 14, zu senden und werden in Sonderdruck, Maschinendruck, Betriebsführung im eigenen Betrieb oder in dessen anverwandter Betriebsstätte, bei der Anfertigung keine Anfertigungskosten, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unerlangte Zuschriften und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur bis 25. auf Monatsabschluss erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Monatsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

Völker in Waffen

Zwölf Jahre sind seit Kriegsende vergangen, sechsmal hat der vorbereitende Abrüstungsausschuß des Völkerbundes getagt, in Wort und Schrift wurde diskutiert und geplant — und doch ist das Abrüstungsproblem, diese Schicksalsfrage Europas, heute noch einer Lösung sehr fern. Das Ringen um allgemeine Abrüstungsbeschränkung geht weiter: binnen Jahresfrist, auf der Abrüstungskonferenz, soll es in sein entscheidendes Stadium treten. Bis zu einer wirklichen Abrüstung ist jedoch — wie ein Blick auf den Rüstungsstand der Nationen zu Anfang dieses Jahres beweist — ein sehr weiter Weg. Noch starren die Völker Europas in Waffen!

Die finanziellen Aufwendungen für die Landrüstung sind geradezu gewaltig. Eine ganze Reihe von europäischen Staaten gibt mehr als ein Fünftel des gesamten Staatshaushalts allein für Heereszwecke aus. Polen (31 Proz.) und Frankreich (27 Proz.) sind als erste zu nennen; auch Spanien, Portugal, Rumänien, Jugoslawien, ja selbst so kleine Länder wie Litauen und Lettland gehören in diese Gruppe. Aber auch groß sind ferner die Unterschiede in der Heeresstärke. Von Sowjetrußland abgesehen, das außerhalb des Völkerbundes steht, und mit seinen 154 Mill. Einwohnern die größte Armee besitzt (Friedensstärke 1,2, Kriegsstärke 6 Mill.), marschiert Frankreich unbeschränkt an erster Stelle. Es hält bei einem Bevölkerungsstande von 41 Mill. Einwohnern nicht weniger als 656 000 Mann ständig in Waffen. Das etwas größere italienische Volk verfügt über ein Friedensheer von 388 000 Mann. Um aus der Fülle des Materials noch einige Beispiele aus unserer nächsten Nachbarschaft herauszugreifen: Belgien (8 Mill. Einwohner) hält sich ein Friedensheer von 66 000 Mann, die Tschechoslowakei (14,6 Mill. Einwohner) ein solches von 14 000 Mann, Polen (30 1/2 Mill. Einwohner) eines von 299 000 Mann. Inmitten dieser stark bewaffneten Länder liegt Deutschland „das Herz Europas“ in strategisch besonders ungünstiger Lage. Seine Einwohnerzahl ist so groß, wie die Frankreichs, Belgiens und der Tschechoslowakei zusammengenommen. Seine Reichswehr von 100 000 Mann erreicht demgegenüber zahlenmäßig noch nicht einmal ein Achtel der Friedensheere dieser drei Länder. Die riesige Luft zeigt sich aber erst in ganzer Ausdehnung, wenn man auch die voranschreitenden Kriegspflanzungen berücksichtigt, und zwar Frankreich mit 4%, Belgiens mit 0,8, Polens mit 3,2 und die der Tschechoslowakei mit 1,3 Millionen Mann. Etwa jeder neunte Franzose, jeder neunte Pole, jeder elfte Tschechoslowake, jeder dreizehnte Belgier würde im Kriege Soldat sein. Deutschland hingegen wäre zu seiner Verteidigung auch im Ernstfalle nur auf 100 000 Mann angewiesen.

Noch krasser sind die Unterschiede in der Ausrüstung der Heere. In der Mehrzahl der Länder hat man alle technischen Fortschritte für die Stärkung der Heereskraft nutzbar gemacht, die technischen Kampfmittel gewaltig vermehrt. Deutschland jedoch steht weit, unvergleichlich weit zurück. Nicht nur hinter anderen Großmächten, auch hinter kleineren Völkern. Einige Beispiele: unsere Verteidigungsmittel beschränken sich auf 22 schwere Geschütze; Belgien hat deren 271, Frankreich 1200 (ohne Bestände der Festungen), Polen 414, die Tschechoslowakei 412. Wir haben keine Kampfwagen, keine Militärflugzeuge. Das kleine Belgien besitzt demgegenüber 65 Tanks und 24 Flugzeuge. Frankreich verfügt sogar über 1800 moderne Tanks (ohne älteres Material) und im Kriegsfall über nicht weniger als 2500 Militärflugzeuge, Polen über 320 Tanks u. etwa 1000 Flugzeuge, die Tschechoslowakei über 60—100 Tanks und 850 Flugzeuge. Solche Beispiele ließen sich beliebig vermehren. Bei der Ausrüstung mit Maschinengewehren, leichten Geschützen, Reservematerial und im Festungsbau — überall die gleiche, abgrundtiefe Unterlegenheit Deutschlands. Ein auf die Dauer unermittliches, unheilbares System!

Keine Schwierigkeiten für die Erledigung des Etats

Wie das „Berliner Tageblatt“ schreibt, hat die Reichsregierung sich erfolgreich bemüht, die Etatsberatungen weiter zu fördern und zu beschleunigen, so daß man hofft, den Etat schon Mitte, nicht erst Ende März in dritter Lesung verabschieden zu können.

Die Regierung hat sich vergewissert, daß sie sowohl von der Deutschen Volkspartei, wie auch von den Sozialdemokraten bei der Erledigung des Etats keine unüberwindlichen Schwierigkeiten zu befürchten braucht. Die Deutsche Volkspartei ist mit der schnellen Erledigung des Etats einverstanden, nachdem ihr die Zusage einer Sparemächtigung gemacht worden ist, die der Regierung erteilt werden soll. Die Sozialdemokratie ist infolgedessen beruhigt worden, als sie davon unterrichtet wurde, daß der Volkspartei keine Zusagen darüber gemacht wurde, Sparsparnisse an bestimmten Stellen, insbesondere etwa vornehmlich am Sozialetat durchzuführen. Die Regierung wird vielmehr selbständig prüfen, wo die Sparsparnisse am zweckmäßigsten gemacht werden können. Wie das Blatt wissen will, dürfte sie dabei auch nicht am Wehretat vorbeigehen, während auf der anderen Seite kaum zu befürchten sei, daß die Sozialdemokraten von sich aus durch selbständige Sparanstrengungen den Wehretat in einer Weise beeinträchtigen würden, die den Interessen des Reiches nicht dienlich wären.

42 000 Unterschriften für das Stahlhelm-Volksgesetz. Der erste Bundesführer des Stahlhelms hat die bisher eingesammelten 42 000 Unterschriften für das Volksgesetz „Landtagsauslösung“ dem preussischen Minister des Innern zugehen lassen.

Letzte Nachrichten

Scharfe Gegnerschaft gegen die Vorschläge Schieles

Rücktrittsmeldungen des Ministers verfrüht

M. Berlin, 18. Febr. (Priv.-Tel.) Es scheint, daß sich die Meinungsverschiedenheiten im Kabinett über die Fortführung Schieles verschärft haben. Der Kanzler hat eine Vermittlungsstellung eingenommen, zumal er an den Verhandlungen in der Grünen Front beteiligt war. Die meisten anderen Ressortchefs haben hingegen die Vorschläge Schieles mit aller Entschiedenheit abgelehnt, vor allem auch Stegerwald und Dietrich.

Auch das Auswärtige Amt nimmt eine ähnliche Haltung ein. Ausschlaggebend dafür ist die Befürchtung, daß die Durchführung der Schiele'schen Vorschläge mit den neuen Zollvorschlügen, mit der Schaffung von Gleitwägen die Nachbarstaaten Deutschlands in eine scharfe Konfliktstellung hineingelangen ließen, da sie ja bisher in erster Linie Agrarprodukte geliefert und dafür Industriewaren aufgenommen haben. Der Konflikt ist deshalb so schwer, weil die deutsche Industrie naturgemäß eine gleiche Stellung einnimmt, als die Minister, auf der anderen Seite aber parlamentarische Rücksichten zu einer gewissen Vorsicht zwingen, um nicht eine neue Parlamentskrise herbeizuführen.

Die Gerüchte über einen bevorstehenden Rücktritt Schieles sind zum mindesten verfrüht, wenn auch nicht ganz gegenstandslos, da der Minister selbst damit gedroht hat.

Die Schaffung von Wirtschaftstreuhandern im Ausland

Besprechung mit den Ländern

M. Berlin, 18. Febr. (Priv.-Tel.) Mit Rücksicht darauf, daß die ausländischen Geldgeber wiederholt gefordert haben, man solle wie in anderen Ländern in Amerika Wirtschaftstreuhandern als besonderen Stand schaffen, hat die preussische Regierung nunmehr die Sache in die Hand genommen, nachdem das Reich wegen mangelnder Erfahrungen die Initiative abgelehnt hatte. Eine Zentralkommission soll sich grundsätzlich über die Zulassung der Wirtschaftstreuhandern äußern, während die Prüfung selbst durch Prüfungskommissionen erfolgt, von denen Preußen zunächst vier bei den Handelskammern in Verbindung mit den Handelshochschulen errichten werde. Die Bestellung selbst erfolgt durch den Handelsminister.

Diese Frage ist auch für die übrigen deutschen Länder von Bedeutung, und es findet am heutigen Mittwoch in Berlin mit den Ländern eine Verhandlung darüber statt, ob sie sich diesem Vorgehen anschließen wollen.

Verbot einer nationalsozialistischen Kundgebung

M. Berlin, 18. Febr. (Priv.-Tel.) Die für Sonntag geplante nationalsozialistische Kundgebung gegen den Aufmarsch des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold im Lustgarten ist vom Polizeipräsidium verboten worden, da die Gefahr von Zusammenstößen und Störung der öffentlichen Sicherheit besteht. Die Reichsbannerkundgebung wird nicht verboten werden, weil sie bereits seit Monaten angekündigt worden sei. Die NSD hat ihre Mitglieder aufgefordert, sich an der Reichsbannerkundgebung zu beteiligen.

Die verworrene Lage in Spanien

Die Situation in Spanien war auch bis Mittwoch mittag in keiner Weise geklärt. Sanchez Guerra hat auf die Kabinetsbildung verzichtet und dem König empfohlen, Alvarez mit der Regierungsbildung zu betrauen. Unkontrollierbare Gerüchte überfluteten sich. So verlautet, daß der Belagerungszustand proklamiert und eine neue Militärdiktatur eingeführt werden wird. General Saro wird als der genannt, der die Macht übernehmen wird. Aus anderen unterrichteten Kreisen wiederum heißt es, man sehe unmittelbar vor der Ausrufung des Generalstreiks. Tatsache ist, daß am Nachmittag die Pressezensur wiederhergestellt wurde und daß auch eine Kontrolle über alle Telefongespräche eingeführt worden ist. Im Kriegsministerium tagte einer Versammlung von monarchistischen Persönlichkeiten unter dem Vorsitz des General Berenguer. In dieser Sitzung soll, wie verlautet, ein monarchistisches Konzentrationskabinett gebildet werden, an dessen Spitze La Cierva stehen und zu dem auch Graf Romanones und Garcia Prieto gehören würden.

Das Reichskabinett erledigte am Dienstag unter dem Vorsitz des Reichskanzlers laufende Angelegenheiten und verabschiedete u. a. den Entwurf eines zweiten Gesetzes über die Rückbefreiung von Wertpapieren und Forderungen. Das Kabinett nahm dann den Vortrag des Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft über das künftige Agrarprogramm entgegen, wie es in ausführlichen Besprechungen mit den betroffenen Vertretern der Landwirtschaft aufgestellt worden ist.

Zwischen Surcht und Hoffnung

Von Dr. R. Tröndle (Dahr)

Nach dem beachtlichen Jahresbericht der Reichskreditgesellschaft war schon im Oktober v. J. die industrielle Produktion in Deutschland von 100 Einheiten auf 79,2 zurückgegangen und war damit hinter den Stand vom Jahre 1925 zurückgefallen. Inzwischen hat der Einkümmungsprozess angehalten und vor allem um die Jahreswende sein Tempo erheblich verschärft. Man wird heute mit annähernder Sicherheit damit rechnen können, daß die deutsche Gütererzeugung nur noch zwei Drittel vom Durchschnitt des Jahres 1929 beträgt. Daß in Amerika der Rückgang noch stärker ist, kann nur einen geringen Trost für uns bedeuten; denn das reiche Amerika mit seiner auf Kosten Europas erworbenen Wohlhabenheit kann wirtschaftlich eine viel weitergehende Schrumpfung leichter vertragen als das verarmte Deutschland; ebenso auch England, das heute noch über ein Auslandsguthaben von 120 Milliarden Goldmark verfügt.

Denjenigen, die heute allzu optimistisch daran festhalten, daß über den eingetretenen Tiefstand hinaus eine Steigerung der wirtschaftlichen Lage nicht mehr möglich sei, muß man entgegenhalten, daß selbst die unbefriedigendsten Optimisten niemals gewagt hätten, an die Möglichkeit einer 5-Millionen-Arbeitslosenziffer zu denken. Es ist gar nicht ausgeschlossen, daß die jahrelangen Fehler einer wirtschaftlichen Rücksichten hintanziehenden Politik, daß die Folgen der übersteigerten Lebenshaltung des deutschen Volkes und die widersinnige Verpflichtung der Reparationen sich in einer weiteren Verschlechterung unserer Wirtschaftslage auswirken. Dazu tritt das wirtschaftliche Unheil, das bisher anhaltend von den Septemberwahlen ausgeht, und gerade während der ersten Wochen des neuen Jahres die Hoffnung auf anhebende Besserung wieder trübt.

Man hatte erfahrungsgemäß damit rechnen können, daß nach Überwindung des Jahresrückfalls eine Erleichterung und Entspannung auf dem deutschen Geldmarkt eintreten würde. Im Dezember hatte man sogar mit einer Herabsetzung des nach den Wahlen erhöhten offiziellen Bankfußes ernstlich gerechnet. Die Erwartungen haben sich nicht erfüllt. Im Ausland hat die infolge des Daniederlassens der wirtschaftlichen Tätigkeit eingetretene Freisetzung von Kapital erneut zur Herabsetzung der Zinssätze geführt. Zum Teil (insbesondere Frankreich) hat draußen die Entlastung des Geldmarktes einen Reforttiefstand der Leihgebühr (Zins) gebracht. In Deutschland dagegen ist diese Entspannung ausgeblieben. Die Beanspruchung der Reichsbank dauert fort. Der Abfluß von Devisen hält den Geldmarkt dauernd in Bewegung. Die Devisenkurse stehen um den Goldpunkt. Auslandskredite mit mittleren Fristen sind nach Stotper auf Jahresende in erheblichen Beträgen gekündigt worden. Der Privatdiskont beträgt durchschnittlich zwischen 4 und 5 Proz., in Frankreich nur 1 1/2 Proz., in Amsterdam sogar 1 1/2 Proz. Als ob dem Ausland trotz dieses hohen Anreizes, in Deutschland Anlage zu suchen, die Lust am deutschen Geldgeschäft vergangen wäre! Auch wenn die vielfachen Verluste im Ausland zur Einziehung der nach Deutschland gelegten Kredite teilweise nötigen mögen, läßt sich dieser Vertrauensschwund nicht voll erklären, wenn man von der Wirkung der Septemberwahl absieht.

Ehe eine erhebliche Entlastung am deutschen Geldmarkt nicht zu verzeichnen ist, kann man nur geringe Hoffnung auf eine Erholung der deutschen Wirtschaft haben, weil zu dem überall gewichenen geschäftlichen Vertrauen auch noch der Mangel an wirtschaftlichem Anreiz, etwas zu unternehmen, hinzukommt. Dieser Anreiz aber ist eben das billige Geld. Mehr denn je zeigt sich heute die verhängnisvolle Leere an Kapital aus Ersparnissen in unserer heimischen Wirtschaft, zeigt sich die Armut infolge von Krieg und Inflation, zeigt sich der Fehler einer übersteigerten Lebenshaltung seit Abschluß der Papiermarkinflation.

Aber auch die ganze Labilität und Gefährlichkeit der übersteigerten Herannahme von Auslandskrediten wird heute offenbar. Es zeigt sich, daß wir mit eiserner Strenge und Sparsamkeit darauf sehen müssen, uns selbst wieder emporzubringen, wenn wir nicht nur rasch einmal scheitern.

Mit der Beilage: Amtliche Niederschrift über die 18. öffentliche Sitzung der Verhandlungen des Badischen Landtags

haft etwas vorwärtskommen und dann wieder weit zurückgeworfen werden, sondern wirklich wieder aufsteigen wollen. Es ist geradezu bedauerlich, daß auch heute noch Männer wie Schacht und Silberberg, die sich, das gilt vor allem für Schacht, bemüht haben, die Gefahren der Auslandsverschuldung aufzuzeigen, in ihren Anschauungen verkannt werden.

Wir werden heute gewiß die notwendige Erleichterung auf dem Geldmarkt nicht schaffen können, ohne einen neuen Auslandskredit, den man anscheinend erstrebt. Ein notwendiges Übel, aber trotzdem ein Übel, das man nur deshalb nicht umgehen kann, weil man die Warnungen vor einem zu raschen Anwachsen der Auslandsschuld und die Mahnungen zur Einfachheit und Sparsamkeit in der Vergangenheit nicht beachtet hat!

Von dem berühmten Silberstreifen am Horizont ist also noch kaum etwas zu bemerken. Trotzdem muß angenommen werden, daß der Einschrumpfungszug im Laufe dieses Jahres sein Ende findet. Darauf deutet nicht nur der schwächere Anstieg der Arbeitslosigkeit, verglichen mit den Vorjahrsmonaten. Das alte Gesetz der konjunkturellen Dynamik in der Wirtschaft muß auch für diese wesentlich politisch bedingte Wirtschaftskrise seine Bedeutung behalten; jede wirtschaftliche Depression muß sich einmal toskieren; denn die Menschen leben trotz der Krise weiter, und der Verbrauch dauert, wenn auch in beschränktem Umfang an. Es muß demnach auch die Überfüttigung an den Märkten sich einmal verringern und sich wieder Bedarf entwickeln.

Unendlich viel hängt davon ab, ob wir ohne politische Unruhen über die nächsten zwei Monate hinwegkommen. Es besteht immerhin etwas Hoffnung, daß mit der saisonmäßigen Entlastung, die im Laufe des Monats März zu beginnen pflegt, sich auch allmählich wieder etwas mehr geschäftliches Vertrauen durchsetzt und sich so langsam der konjunkturelle Umschwung vollzieht. Hoffen wir!

Aus den Ländern

Das württembergische Kultusministerium verbietet die öffentliche politische Betätigung von Schülern

Der Staatsanzeiger für Württemberg veröffentlicht eine Verordnung des württembergischen Kultusministeriums über die Aufrechterhaltung der Schulordnung, die die parteipolitische Betätigung der Schüler untersagt. Verboten wird jede parteipolitische Betätigung in der Schule, bei Hochschülervereinigungen oder bei Veranstaltungen für Schüler sowie die Zugehörigkeit der Schüler zu den Jugendgruppen politischer Vereinigungen. Den Schülern ist es ferner untersagt, an Umzügen und sonstigen öffentlichen Veranstaltungen unter freiem Himmel teilzunehmen, die von politischen Parteien oder ihren Jugendgruppen veranstaltet werden, oder an denen sich solche betätigen. Im Bereich der Schulen dürfen Druckschriften, Einladungen, Ankündigungen usw., die sich auf politische Parteien und parteipolitische Veranstaltungen beziehen, in keiner Weise verbreitet werden. Das Tragen von Abzeichen aller Art, mit Ausnahme der etwa eingeführten Klassenmützen, ist in der Schule und bei Schulveranstaltungen verboten.

Im sächsischen Landtag kam es am Dienstag bei der Beratung des nationalsozialistischen Antrages auf Auflösung zu stürmischen Auftritten. Präsident Wedel sah sich gezwungen, mit zahlreichen Ordnungsrufen einzuschreiten, konnte jedoch die Ruhe im Hause nicht erzwingen, und mußte die Sitzung unterbrechen. Zwei nationalsozialistische Abgeordnete wurden ausgeschlossen. In der bei Wiedereröffnung vorgenommenen namentlichen Abstimmung über den nationalsozialistischen Antrag stimmten nur 25 Abgeordnete der Nationalsozialisten, der Kommunisten und der Deutschnationalen für den Antrag, während 63 Abgeordnete dagegen stimmten. Der Antrag war damit abgelehnt.

Berlin spart. Der Berliner Magistrat hat an sämtliche Kammerebetriebe und an die Bezirksverwaltungen einen Erlass herausgegeben, nach dem im neuen Etat weitere Einsparungen in Höhe von 5 Prozent gemacht werden müssen. Soweit irgend möglich, sollen die Einsparungen an den Sachkosten und nur, wo es unbedingt notwendig ist, an den Personalkosten vorgenommen werden. Man hat jedoch vorförmlich Kündigungen von 5 Prozent der städtischen Angestellten zum 31. März ausgesprochen. Davon werden schätzungsweise 700 städtische Angestellte betroffen.

Auszeichnung eines Heidelberger Gelehrten. Die Notgemeinschaft Deutscher Wissenschaft hat aus Anlaß ihres 10-jährigen Bestehens eine Medaille herstellen lassen, die an verdiente Mitglieder und Förderer verliehen wird. Die Medaille wurde jetzt zum erstenmal in Heidelberg verliehen an Prof. Gustav Habbbruch, Mitglied des Hauptausschusses der Deutschen Forschungsgemeinschaft.

Rembrandts „Anatomischer Unterricht“ schwer beschädigt. Auf das berühmte Rembrandt-Gemälde „Anatomischer Unterricht“, das im Reichsmuseum Amsterdam hängt, ist ein Anschlag verübt worden. Ein Mann im Alter von etwa 30 Jahren, anscheinend ein Handwerker, wurde dabei betroffen, wie er sich mit einem Beil an dem Gemälde zu schaffen machte. Es stellte sich heraus, daß das Bild an fünf Stellen schwer beschädigt war. Einer der Schnitte war 30 Zentimeter tief. Der Täter, ein Holländer, wurde der Polizei zugeführt. Über seine Person und über das Motiv der Tat besteht noch völlige Unklarheit, da der Täter bisher jede Aussage verweigert hat. Um die Absicht eines Diebstahls scheint es sich nicht zu handeln.

Adolf Busch in Rom gefeiert. Einen starken Erfolg erzielte Adolf Busch im fast völlig ausverkauften Augusteum, in dem er mit dem Römischen Philharmonischen Orchester unter Leitung von Mario Rossi drei Violintonzerte von Bach, Beethoven und Mendelssohn-Bartholdy zum Vortrag brachte. In einem immer von neuem einsetzenden Beifallssturm des mehr als tausendköpfigen Publikums riefen Hunderte von Stimmen nach Solozugaben, denen der gefeierte Violinist, seit Jahren übrigens ein Liebling des römischen Konzertpublikums, zweimal nachgeben mußte. Auch bei einem in Mailand zu Gehör gebrachten Violintonzert waren Aufnahme und Beifall außerordentlich herzlich.

Staatsautorität und Parlamentarismus im heutigen Deutschland

Der Führer der Deutschen Volkspartei, Dr. Dingeldey, sprach in Berlin im Rahmen der „Vereinigung für Handel und Industrie bei der Deutschen Volkspartei“ über „Staatsautorität und Parlamentarismus im heutigen Deutschland“. Daß und Verachtung von draußen, so führte er aus, unerträgliche Umgangsformen drinnen, untergraben seit einiger Zeit die Autorität des Parlamentarismus. Der Versuch einer Vermählung sozialistischer Romantik und sozialistischer Machtbewußtseins mit einer kapitalistischen Wirtschaftswelt, brächte eine verhängnisvolle Vermehrung der Krisenerscheinungen hervor. Verfassungsänderung scheint das einzige Mittel zur Wiederherstellung des Parlaments als des verantwortlichen Faktors — ein Ziel, das im allgemeinen Interesse erstrahlt werden muß.

Das starre System eines „Grabenkrieges des Wirtschaftslebens“ muß möglichst im Zusammenwirken mit den Gewerkschaften beseitigt werden. Es ist erfreulich, festzustellen, daß Dr. Brüning und Stegerwald wirksam bestrebt sind, die beiden Parteien des Arbeitsvertrages unter Darlegung der Realitäten an den Verhandlungstisch zu bringen. Die Arbeitszeitverkürzung als ein Mittel zur Einschaltung neuer Menschen in den Arbeitsprozeß wird in diesem Rahmen nicht mehr als bloße Wirtschaftsfrage, sondern als eine Frage der Ruhe und Ordnung im Staate bedeutungsvoll.

Die Notlage großer industrieller Gemeinden unter den Wohlfahrtslasten ist ein anderes Problem dieser Art. Eine Einwirkung des Reiches ist erforderlich, um eine tatsächliche Kontrolle der Finanzgebarung zu schaffen.

In der Tributfrage ist die von manchen Seiten, nicht nur von den Radikalen empfohlene Zahlungseinstellung ein Wahnsinn, man braucht nur auf die Verkettung der Tribut- mit der Kreditfrage zu verweisen, auf die fast unvermeidbare Konsequenz einer Flucht aller kurzfristigen Gelder, die den Zusammenbruch aller mittleren und kleinen Betriebe zur Folge haben würde. Gegenüber diesem ungangbaren Weg empfehlen sich drei Dinge: Die Förderung der Exportpolitik, weiter die starke methodische Propagandaarbeit von Regierung und Wirtschaft, um die Gleichgültigkeit im Auslande zu überwinden, und schließlich die Erkenntnis, daß eine endgültige Lösung von Amerika her nur dann kommen kann, wenn die Gewißheit geschaffen ist, daß freierworbene Gelder nicht für neue Rüstungen verwendet werden.

Das Parlament scheint gegenüber diesen außerordentlich schweren Aufgaben schon wegen der rein zeitlichen Erfordernisse leistungsunfähig und es wäre erwünscht, daß es gelänge, ihm das Eingeständnis einer freiwilligen, etwa einhalbjährigen Pause zugunsten der Regierungsarbeit abzugewinnen. Esparnisse am Etat, über die besonders von der Deutschen Volkspartei verhandelt worden ist, erfordern eine distrierte Vorbereitung und ein schnelles Handeln im gegebenen Zeitpunkt, erfordern weiter das Vertrauen zum Reichskanzler, daß er sie zur Zeit durchführt. Die Voraussetzungen hierfür sind durchaus gegeben. Die Aufgabe der Reichsregierung ist, mit Energie und Verantwortungsfreude ihre Maßnahmen durchzuführen. Dagegen stelle man sich für die Verfassungsreform folgende Forderungen auf: 1. Schaffung einer Ersten Kammer, 2. Stärkung der Stellung des Reichspräsidenten und der Reichsregierung, 3. Heraufsetzung des Wahlalters.

Das Agrarprogramm des Reichsernährungsministers

Das Programm Schieles beruht aus vier Teilen. Der erste Teil umfaßt die zoll- und handelspolitischen Fragen, während der zweite das gesamte Programm Schieles enthält. Der sog. Reichsbestellungsplan sieht die Einschränkung des Roggen-, Hafer- und Mühlenertrages vor und dafür eine Ausdehnung des Anbaues von Gerste und Sommerweizen. Im dritten Teil werden dann die 5 Millionen für die Nationalisierung der Landwirtschaft angefordert. Schließlich ist dem Ganzen noch eine vertrauliche Denkschrift des Reichsverbandes des Anbaues von Gerste und Sommerweizen. Im dritten Absatz behandelten Problemen und den Selbsthilfsmöglichkeiten der Genossenschaften beschäftigt.

Gewerkschaftsentwurf für ein Arbeitszeitnotgesetz

Dem Reichstag ist vom freiwirtschaftlich-nationalen Gewerkschaftsring der Entwurf eines Arbeitszeitnotgesetzes zur Entlastung des Arbeitsmarktes zugegangen. Nach diesem soll der Reichsarbeitsminister die regelmäßige werktägliche Arbeitszeit auf eine kürzere Zeit als 8 Stunden täglich begrenzen können. An Stelle einer Verkürzung der werktäglichen Arbeitszeit oder in Verbindung damit, soll auch eine Verkürzung der Arbeitswoche auf weniger als 6 Tage möglich werden. Die Anordnungen selbst sollen für bestimmte Erwerbszweige ergeben, nachdem der vorläufige Reichswirtschaftsrat und der Verwaltungsrat der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung gehört worden sind. Die Arbeitgeber der Betriebszweige, für die eine Arbeitszeitverkürzung angeordnet worden ist, sollen verpflichtet sein, entsprechend der Arbeitszeitverkürzung durch Neueinstellung von Arbeitskräften die Belegschaft zu vergrößern. Eine Verkürzung der Arbeitszeit soll nicht erfolgen, wenn volkswirtschaftliche oder zwingende Gründe dem entgegenstehen oder durch sie eine Entlastung des Arbeitsmarktes nicht herbeigeführt werden würde.

Goebbels über die Haltung der Nationalsozialisten

Die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei in Dortmund hielt eine Kundgebung ab, in der der Reichstagsabgeordnete Dr. Goebbels, Berlin, sprach. Der Redner führte aus, es sei eine eitle Hoffnung, wenn die anderen Parteien glauben, daß die Nationalsozialisten eines Tages wieder klein beigeben und in den Reichstag zurückkehren würden. Dies würden sie erst tun, wenn sie eine noch größere Masse des Volkswillens hinter sich gebracht hätten und dadurch das jetzige System auf legalem Wege verdrängen und sich allein an die Macht setzen könnten. Wenn man sage, die Nationalsozialisten könnten nur kritisieren, so müssen sie ihrerseits dem entgegenhalten, daß die Kritik das gute Recht jeder Widerstandsbewegung sei. Wenn das jetzige System an die Nationalsozialisten herantrete mit der Forderung, es besser zu machen, so könnten sie nur antworten: „Gebt uns die Macht“, denn Politik könne man immer nur mit der Macht betreiben, da die Macht das Instrument der Politik sei. Wenn man uns jetzt verantwortungslos nennt, fuhr Dr. Goebbels fort, so müssen wir sagen, daß wir keine Verantwortung dem jetzigen System gegenüber kennen. Wir haben nur Verantwortung vor dem deutschen Volk, zu dem wir jetzt wieder zurückgekehrt sind.

Die Verammlung verlief ruhig, trotzdem der Redner einmal von der Polizei darauf hingewiesen werden mußte, daß ihm wegen Verächtlichmachung der Regierung das Wort entzogen werden würde.

Die Maschine erzeugt — ein Kommunalproblem

Ein Einzelfall von allgemeiner Bedeutung

Von Dr. Albert Heß

Nicht wenige Mittel- und Kleinstädte hängen mit ihrem Wohlstande und sogar mit ihrer ganzen Existenz von einer einzigen Industrie, bisweilen von einer einzigen Fabrik ab. Wenn wirtschaftliche Umwälzungen diese Industrie verkleinern oder zerstören, wenn die Wirtschaftskrise die Fabrik zu wirtschaflichen Grundlagern des ganzen Kommunalgebäudes erschütterte. Dann lebt schließlich der größere Teil der Bevölkerung von öffentlichen Unterstühtungen, und niemand ist mehr da, der die Gelder aufbringen kann, um diese Unterstühtungen zu zahlen. Die ganze Stadt ist ruiniert, und die Aufbringung der kommunalen Lasten wird zu einem unlöslichen Problem.

Ursachen und Entstehung eines solchen modernen Kommunalproblems schilderte kürzlich Edgar Rahnewald in der „Frankfurter Zeitung“ an einem besonders charakteristischen Beispiel. Unweit Dresden, an der Eisenbahnstrecke nach Görlitz, liegt die Fabrikstadt Radeberg. Ihre Bevölkerung von etwa 15 000 Köpfen lebte früher vorwiegend von der Glasmacherei. Die Radeberger Glashütten waren die Haupterwerbsbasis der ganzen Stadt. Die Radeberger Tafelglasproduktion war weit über Deutschlands Grenzen hinaus berühmt. Dann aber kam — es ist noch gar nicht lange her — die Erfindung und die praktische Anwendung der Tafelglasmaschinen. Sie machten der in Radeberg betriebenen Glasbläzerei den Garaus: eine Glashütte nach der anderen mußte stillgelegt werden. Die neuen Maschinenfabriken in Westdeutschland, in Bayern und in anderen Gegenden lieferten billigeres Glas, und die Radeberger, die zu lange an der alten Handwerkerzeugung festgehalten hatten, konnten schließlich im Wettbewerb nicht mehr mithalten.

Schon vor drei Jahren sind sämtliche Radeberger Tafelglashütten stillgelegt worden. Die Glasmacher bezogen Erwerbslosenunterstützung, und wenn die Bezugszeit vorüber war, so fielen sie mit ihren Familien der Wohlfahrtsfürsorge der Gemeinde zur Last. Aber wie die hierzu erforderlichen Mittel aufbringen, da doch die Zahl der Unterstühtungsempfänger immer größer und größer wurde? Die Stadt, die früher von der Tafelglasbläzerei hauptsächlich gelebt hatte, verarmte; sonstige größere Industrie ist weder in der Stadt, noch in der näheren Umgebung vorhanden. Die meisten früheren Glasmacher hatten überdies Verwohnungen inne, die den Glashütten gehörten. Jetzt sollen sie Miete zahlen, denn die Wohnungen sind heute das Hauptkapital der in Konkurs geratenen Firmen. Auch diese Mieten müssen aus den Bezügen an Arbeitslosen- und Wohlfahrtsunterstützung aufgebracht werden. Die ganze Stadt lebt so beinahe von der städtischen Wohlfahrtspflege. Wer aber schafft das Geld herbei, damit die Wohlfahrtsunterstützungen weitergezahlt werden können!

Die Tafelglasmaschine hat die Radeberger Glasbläzerei vernichtet, aber mit ihr auch die Existenzgrundlagen eines iont blühenden Gemeinwesens. Die neue Maschine leistet mit 30 Arbeitskräften die gleichen Erzeugungsmengen, bei deren Herstellung früher 100 und mehr Glasbläser beschäftigt waren und Brot fanden. In den besten Zeiten lebten etwa 1500 Arbeiter mit ihren Familien von den Röhren, die sie in den Radeberger Tafelglashütten verdienten; heute beschäftigt die Maschinen- glasindustrie nur zirka 90.

Was hier die Maschine herbeigeführt hat, ist aber nicht nur ein soziales, sondern gleichzeitig auch ein kommunalpolitisches Problem. Es ist nicht nur in Radeberg vorhanden, sondern in größerem oder kleinerem Umfang auch in zahlreichen anderen Mittel- und Kleinstädten, die früher einer Industrie oder einer Fabrik Blüte und Wohlstand verdankten, jetzt aber wehrlos zusehen müssen, wie der technische Fortschritt, die vielgerühmte Nationalisierung, die wirtschaftlichen Grundlagern zerstört, auf denen die Gemeinde emporgewachsen war. Eine Lösung für dieses kommunale Problem ist noch nicht gefunden worden, denn alle Staatsbeihilfen und Zuschüsse stellen doch nur einen Notbehelf dar. Was diesen dahinsiehenden Städten nottut, ist eine neue Erwerbsquelle für ihre Bevölkerung. Aber es fehlt in Deutschland an Kapital, um solche Erwerbsquellen zu schaffen und fruchtbar zu machen. Die gesamtdeutsche Not ist die letzte Ursache für die Sorgen und die Hilflosigkeit so vieler deutscher Gemeinden.

Das Fahrtenprogramm des „Graf Zeppelin“

Wie der Luftschiffbau Zeppelin mittels, wird der Fahrtrieb mit dem Luftschiff „Graf Zeppelin“ gegen Ende März wieder aufgenommen. Im Laufe der nächsten Woche schon beabsichtigt der Luftschiffbau das erste Fahrtenprogramm für die diesjährige Saison herauszugeben. Es ist an größeren Fahrten für Ende April eine Fahrt nach Ägypten mit Zwischenlandung in Kairo geplant. Ferner soll Ende Mai eine Fahrt nach Sevilla stattfinden. Von Sevilla aus ist eine Rundfahrt um Spanien von etwa 36 Stunden Dauer geplant. Wie im letzten Jahre werden auch auf allen Fahrten Briefe und Karten befördert. Das Porto für Briefe beträgt 2 und für Karten 1 RM.

Kleine Chronik

Die Nachprüfung der Kirchensteuerbücher der Frankfurter Evangelischen Landeskirche, die durch die riesigen Unterschlagungen des Kaufmanns Friedrich Nagel in den Jahren 1924 bis 1929 veranlaßt wurde, hat ergeben, daß Nagel auch im Jahre 1930 weitere Kirchensteuerbeträge unterschlagen hat, so daß sich die Summe des unterschlagenen Betrages von 136 700 Reichsmark noch beträchtlich erhöht. Die Höhe der weiteren unterschlagenen Gelder kann aber noch nicht festgestellt werden, da z. B. noch die Prüfung der Belege erfolgt, die mit Beschleunigung durchgeführt wird.

In dem Restaurant „Edelweiß“ in Nöntental bei Berlin, wo nur Nationalsozialisten zu verkehren pflegen, hat sich ein schrecklicher Vorgang abgespielt. Drei Männer, die angeblich parteilos sind, waren nach einem Leichenbegängnis in dem genannten Lokal eingedrungen. Sie nahmen in der Nähe des Fensters Platz. Plötzlich fielen kurz hintereinander sechs Schüsse, von denen drei die Fensterhebe zertrümmerten und die drei am Tische sitzenden Männer traf. Einer der Betroffenen, der Maler Paul Artz, erhielt einen tödlichen Kopfschuß. Dem Oberpostkammermann Bohlmann drang eine Kugel in den Mund und verletzte ihn schwer. Der Oberpostkammerherr Hermann Schwiebele wurde am Arm verletzt. Die folgende herbeigeezten Lanzenjäger fanden beim Abfuchen des Tatortes sechs Patronenhülsen, die aus einer Armeepistole OS stammten, ferner noch drei scharfe Patronen. Ein Zeuge gibt an, einen Mann, der die sechs Schüsse abgefeuert hat, gesehen zu haben.

Zwangsversteigerungen von land- und forstwirtschaftlichen Grundstücken in Baden

Die nach amtlichen Feststellungen nimmt die Zahl der landwirtschaftlichen Zwangsversteigerungen im Deutschen Reich in den letzten Jahren in bedrohlichem Umfang zu. In Baden sind in den 6 Monaten April bis Ende September 1930 insgesamt 508 Zwangsversteigerungen von land- und forstwirtschaftlich genutzten Grundstücken eingeleitet worden; in dieser Zahl sind die Zwangsversteigerungen zur Aufhebung einer Gemeinschaft nicht mitzählen. Die eingeleiteten Verfahren erfassten eine Fläche von 974 Hektar. Entsprechend dem Kleinbäuerlichen Charakter unseres Landes überwiegen die kleinen und mittleren Betriebe. In 413 Fällen, in denen Zwangsversteigerungen in dem genannten Zeitraum eingeleitet worden sind, handelt es sich um Grundstücke mit einer Fläche von unter 2 Hektar; gegen Betriebe mit einer Fläche von 60—100 Hektar wurde in 3 Fällen das Verfahren eingeleitet. Von der Einleitung des Zwangsversteigerungsverfahrens wurden vorwiegend (260 Fälle) hauptberuflich tätige Landwirte betroffen, in den übrigen Fällen handelt es sich um Handwerker, Fabrikarbeiter, Kaufleute mit einem mehr oder weniger großen Besitz land- und forstwirtschaftlich genutzter Grundstücke.

Durchgeführt wurden nach Feststellungen des Badischen Statistischen Landesamts, das die Statistik der Zwangsversteigerungen auf Grund von Meldungen der Notariate bearbeitet, im Zeitraum der 6 Monate April bis Ende September v. J. 101 Verfahren mit einer Gesamtfläche von 183 Hektar, die einem Schätzwert bzw. einem steuerlichen Einheitswert von 847 000 Reichsmark entsprechen und mit rund 1 Million (genau 997 000 Reichsmark) Hypotheken- und sonstigen Forderungen belastet waren. Die Meistgebote, auf die der Zuschlag erteilt wurde, machten insgesamt 741 000 Reichsmark aus. Von der Durchführung der Zwangsversteigerungen wurden 41 hauptberuflich tätige Landwirte betroffen; bei 29 hiervon handelt es sich ausschließlich um Kleinlandwirte mit einem Grundbesitz von unter 2 Hektar. Nur in je 6 Verfahren wurden Grundstücke mit einer Fläche von 2—5 und 5—20 Hektar versteigert. Dem Schätzwert bzw. Einheitswert dieser Versteigerungsobjekte in Höhe von 310 000 Reichsmark standen 388 000 Reichsmark Grundschuldschulden gegenüber. Die Meistgebote, auf die der Zuschlag erteilt worden ist, beliefen sich auf 278 000 Reichsmark.

Keine Kunstseidenfabrik in Säckingen. Zwischen einer holländischen Gruppe und der Besitzerin der Hanfunion Säckingen schwebten Verhandlungen über den Verkauf des Säckinger Fabrikgrundstückes und die Errichtung einer Kunstseidenfabrik in Säckingen. Geplant war, einen Betrieb mit etwa 400 Arbeitskräften zu errichten. Die Verhandlungen sind nunmehr von holländischer Seite abgebrochen worden. Der Plan zur Errichtung einer solchen Fabrik ist von der beteiligten Gruppe aufgegeben worden.

Kurze Nachrichten aus Baden

Brände in Baden

bl. Mannheim, 17. Febr. In dem dem badischen Staat gehörenden, im vorigen Jahre von der Stadt Mannheim eingemieteten Kirchgarthäuserhof brach am Dienstag Feuer aus, das in den Strohvorräten reiche Nahrung fand und sich bald über das ganze Scheunegebäude ausbreitete. Der Gesamtschaden an Gebäude und Strohvorräten wird auf 25 000 M geschätzt. Es wird Brandstiftung angenommen, da die Scheune an zwei Stellen zugleich brannte.

Insgesamt sind 25 Wagen Stroh verbrannt. Das Hofgut ist über 500 Hektar groß und wird von der Süddeutschen Zucker-WG. betrieben. Der niedergebrannte Bau war erst an Neujahr fertiggestellt worden.

bl. Heidelberg, 17. Febr. In Maner brannten Scheune und Schuppen des Landwirts Wolf Belz nieder. Bedeutsame Heu- und Strohvorräte wurden vernichtet. Der auf

8—9000 M berechnete Schaden ist durch Versicherung gedeckt. Als Brandursache wird Kurzschluss vermutet.

bl. Bühl (Amt Offenburg), 17. Febr. Aus bis jetzt noch unbekannter Ursache entstand in dem Anwesen der Mechanischen Wäscherei Philipp Kurt in Bühl Feuer, das das zweistöckige Anwesen und die Werkstätte in kurzer Zeit einäscherte. Die Löscharbeiten wurden durch Wassermangel erschwert. Der Schaden ist beträchtlich, jedoch durch Versicherung gedeckt.

bl. Altenheim (bei Rastatt), 17. Febr. Hier brannte das Ökonomiegebäude der Witwe Frau Jakob Sengel bis auf den Grund nieder. Sämtliche Futtermittel, Heu und Stroh wurden ein Raub der Flammen, nur das Vieh und einiges Inventar konnte gerettet werden. Schadenshöhe und Entstehungsursache konnte bis jetzt noch nicht festgestellt werden.

bl. Mannheim, 17. Febr. Bekanntlich soll im Mai d. J. in den Rhein-Redar-Hallen in Mannheim eine große Ausstellung „Hausfrau und Handwert“ gezeigt werden. Sie wird veranstaltet vom Mannheimer Hausfrauenbund in Gemeinschaft mit dem Gewerbe- und Handwerkerverein in Mannheim. Die Stadt Mannheim hat nun an den Reichsverband Deutscher Hausfrauenvereine eine Einladung ergehen lassen, im Anschluß an diese Ausstellung eine Arbeitstagung hier in Mannheim abzuhalten. Diese Einladung wird von allen süddeutschen Hausfrauenvereinen warm unterstützt. Der Reichsverband Deutscher Hausfrauenvereine stellt die Berufsorganisation der deutschen Hausfrauen dar. Ihm sind 283 Vereine angeschlossen mit zusammen etwa 160 000 Mitglieder.

bl. Schwetzingen, 17. Febr. Die Milchzentrale Schwetzingen hat der Stadtverwaltung Schwetzingen monatlich circa 1200 Liter Milch oder ersatzweise gleichwertige Milchprodukte für bedürftige Einwohner zur Verfügung gestellt. Der Milchzentrale wurde für dieses großzügige Entgegenkommen der feierliche Milchpreis belassen.

bl. Kaubersbach, 18. Febr. Der seit Ostern letzten Jahres im Ruhestand befindliche Professor Josef Müller ist 68 Jahre alt gestorben. Er hat 38 Jahre lang als Gymnasialprofessor lehrte in Schopfheim, Weinheim und Kaubersbach gewirkt. 29 Jahre hindurch gehörte er als Schüler und Lehrer dem heiligen Gymnasium an. Auch sah er mehrere Jahre im Bürgerausschuß unserer Stadtgemeinde und ebenso im Verwaltungsrat der Spar- und Sparkasse Kaubersbach. Seine Besetzung gestaltete sich zu einer erheblichen Kundgebung der Liebe und Anhänglichkeit, deren sich der Verstorbene bei Berufskollegen, Schülern und Bevölkerung erfreute.

bl. Bühl, 17. Febr. Die Weag hat beim Finanzministerium Antrag auf Stilllegung der Böhleralbahn gestellt. Der Kreisrat fasste nach vorherigem Benehmen mit dem Finanzministerium den Beschluß, der Weag einen etwaigen Betriebsverlust beim Betrieb der Böhleralbahn nach Maßgabe näher bezeichneter Bedingungen zu erlassen. Der Erfolg erfolgt nur für ein Betriebsjahr und wird in Höhe des nach der Betriebsrechnung sich ergebenden Fehlbetrages der Böhleralbahn bis zum Höchstbetrage von 10 000 Reichsmark geleistet. Die Weag soll sich verpflichten, den Betrieb der Böhleralbahn während des Jahres 1931 in bisheriger Weise aufrechtzuerhalten und bis Ende 1931 keinen Antrag auf Betriebsstilllegung zu stellen, wenn nicht die Gesamtlage der Weag einen Antrag auf Stilllegung des Gesamtnetzes erforderlich macht. Die Weag hat eine gründliche und einwandfreie Sanierung durchzuführen. Die Gemeinden Alshausen und Böhleralb, gegebenenfalls in Verbindung mit Privatinteressenten, haben 50 Prozent des Zuschusses zu übernehmen. Eine entsprechende Vorlage wird der Kreisversammlung zugehen.

bl. Bad Dürkheim, 18. Febr. Die Karlsruher Lebensversicherungsbau AG. erhob gegen die Gemeinde Bad Dürkheim eine Klage auf Zahlung von 50 000 M. Sie stützte sich auf eine von dem damaligen Bürgermeister der Gemeinde Dürkheim am 29. September 1925 aufgestellte Bescheinigung, in der sich die Gemeinde für ein von der Karlsruher Lebensversicherungsbau AG. Inhaber des Kurhotels der Gemeinde

Dürkheim gewährtes Darlehen verbürgt haben soll. Der Streit geht im wesentlichen um die Frage, ob in der Bescheinigung vom 29. September 1925 eine Bürgschaftserklärung zu erblicken ist. Das Landgericht wie das Oberlandesgericht Karlsruhe haben diese Frage bejaht und der Klägerin einen Betrag von mehr als 43 000 M zugesprochen. Gegen das Urteil des Oberlandesgerichtes legte die beklagte Gemeinde Revision ein, die beim Reichsgericht zurückgewiesen wurde.

bl. Alpirsbach bei Triberg, 18. Febr. An den Folgen eines Fahrradunfalls, den er vor etwa 8 Tagen auf einem Dienstauftrag erlitten, ist hier Stadtpfarrer Schöber gestorben. Er hatte eine schwere Knieverletzung davongetragen und eine zu dieser Verletzung hinzugekommene Embolie führte zu seinem Tode.

bl. Göttingen, 17. Febr. Auf dem Hohenwald ist die Grippe ausgebrochen. Sie hat sich außerordentlich schnell verbreitet und erweist sich als ziemlich hartnäckig. Besonders die älteren Jahrgänge werden heimlich gesucht. Eine außerordentliche Sterblichkeit ist jedoch nicht zu verzeichnen. In manchen Familien sind fast alle Glieder erkrankt.

bl. Überlingen, 17. Febr. In der Nacht zum Sonntag sagten besonders närrische Leute den auf der Hoffart errichteten Karrenbaum ab und pflanzten ihn vor dem Finanzamt auf. „Geschmückt“ war er mit einem Kruf, der mit den Worten „Nette sich, wer kann“ begann. Die hochnärrischen Leute wurden allerdings entdeckt und mußten auf Veranlassung der Polizei den Karrenbaum am alten Platz wieder errichten.

Staatsanzeiger

Lobpreisvertrieb.
Dem Landesverband Bayern im Reichsbund der Kinderreichen Deutschlands zum Schutze der Familie e. V. in München wurde die Erlaubnis zum Lobpreisvertrieb in Baden erteilt.
Karlsruhe, den 14. Februar 1931.
Der Minister des Innern
F. Wittmann

Nach den Meldungen der Bezirkstierärzte waren am 15. Februar 1931 im Lande Baden versucht mit:

Maul- und Klauenseuche:	
Amtsbezirke:	Gemeinden:
Buchsal	Gambrücken, Rheinsheim, Untergrombach, Zeutern
Mannheim	Blankstadt
Mosbach	Obzigheim
Wiesloch	Wiesloch
Schweinepest:	
Amtsbezirke:	Gemeinden:
Adelsheim	Leibstadt, Schlierstadt
Bretten	Altziefeld
Heidelberg	Iltenbach
Mannheim	Mannheim-Käfertal, Mannheim-Sandhofen, Mannheim-Ballstadt, Iffesheim, Rabenrug, Schriesheim, Seddenheim
Weinheim	Weinheim
Wertheim	Rindelbach
Amtsbezirke:	Gemeinden:
Lahr	Lahr, Schuttern
Geflügelcholera:	
Amtsbezirke:	Gemeinden:
Wolfsch	Schiltach

Badisches Statistisches Landesamt.

Für Konfirmation und Kommunion

Fertige **KLEIDUNG** für Mädchen und Knaben
sowie
schwarze STOFFE weiße
in größter Auswahl zu niedersten Preisen
Täglich Eingang von Frühjahrs-Neuheiten 984
CARL SCHÖPF

PORPHYRWERK DOSSENHEIM
HANS VATER
DOSSENHEIM A. A. BERGSTR.
LIEFERT AUS SCHLOSS- u. HECKENMARKBRUCH ERSTKLASSIGES
STRASSENBAU-MATERIAL

Stammholzversteigerung
Bad. Forstamt Buchsberg versteigert jeweils vorm. 9^{1/2} Uhr im Gasthaus zum Wolf in Buchsberg aus Domänenwald Obere Lufhard: am Samstag, den 28. Febr. 1931 etwa 350 im Forstl. Abschnitt I.—V. Kl. und am Mittwoch, den 4. März 1931 etwa 350 im Forstl. Abschnitt I.—V. Kl. Losauszüge und nähere Auskunft durch das Forstamt.

DAS SCHAFFEN BADISCHER KÜNSTLER UND DICHTER
im
Gebau- und Jahrbuch 1931
Herausgegeben im Auftrag des Landesvereins Badische Heimat von Hermann Eris Busse
A u s d e m I n h a l t :
Komposition von Clara Fallt / Kalendarium / Franz Scheller, Lothar Heilmann / Gustav Hartlaub, KARL HOFER, ein bad. Maler / Julius Rosta, HANS THOMAS Zeichner, P. F. Schmidt, Bildhauer WILH. GERSTEL, Heinrich Münz, A. E. GERSPACHER, ein badischer Komponist Friedrich Kurt Bendorff, ALFRED MOMBERT / Alfred Mombert, Spiel der Welt, Die Schokolade / Raimund Freiherr von Fugger, BENNO RÜTTENAUER / Otto Hoerth, Gespräch über Thomas Mann auf hoher See / WILHELM ALBRECHT, Gedichte / Friedrich Alfred SCHMID NOERR, Das Lächeln des Gottes, Das Erlebnis des Generaldirektors Krause / EMIL BELZNER, Schicksal unterm Fenster, Sommersnacht / Badische Schmurren und Anekdoten / W. E. Oshering, Literarische Jahresschau 1929/30 / Chroniken der christlichen Kirchen in Baden
Das Buch ist zum Preis von 3 RM. zu beziehen. Viele Abbildungen nach Gemälden und Photos
Ausführliche Drucksachen vom
Verlag G. Braun in Karlsruhe

Bürgersteuer.

Die nach der Anordnung des Herrn Landeskommissars vom 12. Januar 1931 von der Landeshauptstadt Karlsruhe zu erhebende Bürgersteuer für das Rechnungsjahr 1930 ist je zur Hälfte auf 15. Februar und 20. März 1931 fällig. Steuerpflichtig sind alle Personen, die am 10. Oktober 1930 in Karlsruhe wohnen und an diesem Tage über 20 Jahre alt waren. Die Steuer wird von allen Pflichten — auch von allen Lohnsteuerpflichtigen — durch besondere Forsetzungszettel angefordert, mit deren Zustellung am 12. Februar 1931 begonnen wurde. Die näheren Bestimmungen über die Höhe der Steuer, über die Steuerermäßigungen und -befreiungen enthalten die Forsetzungszettel (Mittseite).
Die Einzugsstelle für die Bürgersteuer befindet sich in den Geschäftsräumen des Hauses Ritterstraße Nr. 5 (Ecke Ritter- und Fähringerstraße — Haus Köhlin) und ist vom 19. Februar 1931 an jeden Werktag von 8—12 Uhr geöffnet. Um eine möglichst reibungslose Abwicklung der baren Einzahlungen zu gewährleisten, werden die Steuerpflichtigen durch besondere Anzeigen in den Tageszeitungen straßenweise zur Zahlung an bestimmten Tagen aufgefordert. Die baranzahlenden Steuerpflichtigen werden dringend gebeten, diese Zahlungstage pünktlich einzuhalten.
Mit dem Wareinzug wird am Donnerstag, dem 19. Februar 1931, vorm. 8 Uhr, begonnen. Die ersten 3 Einzugsstage, also der 19., 20. und 21. Februar, sind für alle Steuerpflichtigen bestimmt, die in den Straßen mit den Anfangsbuchstaben A, B und C wohnen (Ritterstraße bis Charlottenstraße). Bei Barzahlung ist der Forsetzungszettel vorzulegen.
Wer sich die mit der Barzahlung verbundenen unvermeidlichen Unannehmlichkeiten (besonders längeres Warten im Kassentraum) ersparen will, zahlt oder überweist an die Stadthauptkasse bargeldlos auf eines der auf der Vorderseite des Forsetzungszettels angegebenen Konten. Dabei darf aber nicht vergessen werden, das auf der Vorderseite des Forsetzungszettels — links oben — ausgedruckte Buchstaben (B. S. Nr. . . .) genau anzugeben, da sonst die Gewähr für eine richtige Vereinnahmung nicht gegeben werden kann.
Steuerpflichtige, deren wirtschaftliche Verhältnisse es gestatten, werden ersucht, zur Vereinfachung des Einzugs geschäfts den ganzen Steuerbetrag auf einmal zu entrichten.
Anträge auf Steuerermäßigung können, wenn die Voraussetzungen hierfür vorliegen, schriftlich oder mündlich gestellt werden; sie sind aber in allen Fällen zu begründen und womöglich durch Vorlage von Bescheinigungen der Arbeitgeber über die Höhe des Ein-

kommens im Kalenderjahr 1929 glaubhaft zu machen. Schriftliche Anträge sind — unter genauer Angabe des Buchungszweckes — an die Stadthauptkasse zu richten, während mündliche Anträge — unter Vorlage des Forsetzungszettels — nur bei der Einzugsstelle im Hause Ritterstraße Nr. 5 gestellt werden können.
Wer an den Fälligkeitstagen (15. Februar und 20. März 1931) arbeitslos oder arbeitsunfähig erkrankt, wer an diesen Tagen laufend öffentliche Fürsorge (auch als Kleinrentner) genießt oder eine Zusatzrente nach § 88 des Reichsversicherungsgesetzes empfangt, wird ohne weiteres von der Bürgersteuer befreit, wenn er seinen Forsetzungszettel dem Arbeitsamt oder dem Fürsorgeamt vorlegt. Ein besonderer Antrag bei der Stadthauptkasse oder der Einzugsstelle Ritterstraße Nr. 5 ist dann nicht erforderlich.
Um Beachtung der im Arbeitsamt und Fürsorgeamt ausliegenden Befreiungsmachungen mit der Überschrift „Bürgersteuer“ wird gebeten.
Wer an den Fälligkeitstagen eine Rente aus der reichsgesetzlichen Sozialversicherung (Invalidentente, Unfallrente u. dgl.) empfängt und nicht mehr als 900 Reichsmark Gesamtjahresrenten hat, wird ebenfalls von der Bürgersteuer befreit, wenn er schriftlich bei der Stadthauptkasse oder mündlich bei der Einzugsstelle Ritterstraße Nr. 5 unter Vorlage seines Forsetzungszettels und des Rentenbescheides einen entsprechenden Antrag stellt.
Karlsruhe, im Februar 1931.

Stadthauptkasse.
erstermal: Sturm im Wafferglas. So. 22. 2. Nachm.: Meine Schwester und ich. Abds.: Die verkaufte Braut. Im Konzerthaus: Die werde ich reich und glücklich!
Badisches Landestheater Karlsruhe. 9.548
Donnerstag, 19. Febr. 1931 *D 18. (Donnerstagmiete) Th.-Gem. 301—400
Der Waffenschmied
Römische Oper von Lorzing Dirigent: Keilberth
Mitwirkende: Fjächbach, Habertorn, J. Gröbinger, Kalnbach, Kiefer, Löfer, Denner, Schoepflin, Arras
Anfang 19^{1/2}. Ende 22 Preise C (1—7 M)
Fr. 20. 2. Das Nachtlager in Granada. Sa. 21. 2. Zum
Güterrechtsregistereinträge. 1. Zu Band II, Seite 49: Roth Emil, Zementwarenfabrikant, Eggstein und Elsa geb. Knobloch. Vertrag vom 7. Januar 1931. Erwerbungsgegenstand: Grundstück mit Vorbehaltsgut der Frau. 10. II. 31.
2. Seite 50: Keiser Friedrich Ludwig, Baumeister Karlsruhe und Gulda Martha geb. Arnold. Vertrag vom 2. Februar 1931. Gütertrennung. 12. II. 31.
Amtsgericht Karlsruhe.